

Ein chronologisches Fazit

Auch wenn die Beziehungen zwischen Frankreich und der DDR auf den verschiedenen Ebenen keiner einheitlichen Chronologie folgen, so lässt sich doch eine allgemeine Entwicklung feststellen, die sich von den frühen 1950er Jahren bis hin zur Mitterrand-Reise von 1989 erstreckt. Auf einer spezifischen, nicht selten idealisierenden Perzeption gründend, entwickelte sich allmählich ein Interesse für die DDR, das sich im Laufe der Jahrzehnte in ein konkretes Engagement für den Austausch mit der DDR wandelte und schließlich in bilaterale Beziehungen mündete. Dabei ermöglicht das jahrzehntelange Fehlen einer treibenden politischen Kraft auf französischer Seite, die allmähliche Entstehung der Beziehungen auf der Basis privatgesellschaftlicher Initiativen nachzuvollziehen.

Einer der Ausgangspunkte für die Beziehungen Frankreichs zur DDR in den 1950er Jahren war das spezifische Interesse kleiner Kreise an bestimmten Aspekten des gesellschaftlichen und kulturellen Lebens in der DDR. Es handelte sich hierbei um ganz unterschiedliche Bereiche wie etwa die Bodenreform, die Verstaatlichung der Industrie oder auch das Theater von Brecht. In den 1950er Jahren wurde das Interesse am Handel mit der DDR und an der Leipziger Messe sogar vom französischen Wirtschaftsministerium forciert, das auf die Eventualität einer deutschen Wiedervereinigung vorbereitet sein wollte. Hinzu kamen vereinzelt Kontakte zwischen französischen und deutschen Widerstandskämpfern, von denen die Deutschen sich nach 1945 aufgrund ihrer politischen Einstellung für die SBZ beziehungsweise für die DDR entschieden hatten. Viel bedeutsamer als die reale Existenz derartiger Verbindungen war jedoch die Wahrnehmung solcher Remigranten in Frankreich. Eng damit verbunden war ein weiterer Ausgangspunkt für das Interesse an der DDR: die negative Wahrnehmung der Bundesrepublik als Nachfolgestaat des Deutschen Reiches. Insbesondere die in Frankreich mit großem Eifer geführte Debatte über die deutsche Wiederbewaffnung im Rahmen einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft spielte in diesem Zusammenhang eine nicht zu unterschätzende Rolle. Während die Bundesrepublik im Zentrum einer die französische Öffentlichkeit polarisierenden Debatte stand, wurde das Deutschland jenseits des Eisernen Vorhangs in der französischen Perzeption zu einem deutschen Gegenentwurf – einem Gegenentwurf zu jenem ungeliebten Deutschland, das Frankreich seit 1870 dreimal mit Krieg überzogen hatte. Ein entscheidender Faktor dieses Wahrnehmungsmechanismus war der geringe Kenntnisstand über die DDR in den 1950er Jahren: Selbst für speziell an Deutschland interessierte Personenkreise, Germanisten oder Politiker jenseits der Kommunistischen Partei war es außerordentlich schwierig, an verlässliche Informationen zu gelangen. Zudem wurde die DDR im politischen Diskurs bewusst tabuisiert. Dies alles ließ sie bei der französischen Linken in den 1950er und 1960er Jahren zu einer idealen Projektionsfläche für politische Utopien und alternative Deutschlandbilder werden. Dabei bediente man sich in Ermangelung tatsächlicher Kenntnisse eines gefestigten Wahrnehmungs- und Interpretationsmusters, welches bereits das französische Deutschlandbild zur Zeit der Dritten Republik geprägt hatte. Die seit dem Krieg von 1870/71 in Frankreich äußerst populäre Theorie von einem guten

aufklärerischen und einem schlechten militaristischen Deutschland hatte auch nach dem Zweiten Weltkrieg Bestand. Begünstigt wurde die Übertragung dieses doppelten Deutschlandbildes auf die beiden seit Ende der 1940er Jahre entstehenden deutschen Staaten durch den hohen Grad an Allgemeingültigkeit, den das Denkschema im Laufe der vorangegangenen Jahrzehnte erreicht hatte.

In praktischer Hinsicht begannen die Beziehungen zwischen Frankreich und der DDR auf wirtschaftlicher Ebene. Bereits vor 1949 gab es Handel zwischen der sowjetischen Besatzungszone und Frankreich und dementsprechend auch Bestrebungen, diesen Handel vertraglich zu regeln. Nach Gründung der DDR setzte man diese Verhandlungen mit den ostdeutschen Behörden fort und einigte sich bereits Ende 1953 auf ein erstes inoffizielles Handelsabkommen. Auf kultureller Ebene begannen die Beziehungen nur wenig später mit den Aufführungen des Berliner Ensembles beim ersten Internationalen Theaterfestival in Paris im Sommer 1954. Während sich die Handelsbeziehungen in den 1950er Jahren nur zögerlich entwickelten, entfalteten sich die kulturellen Beziehungen zwischen 1954 und 1960 auf geradezu spektakuläre Weise. Die viel beachteten Erfolge des Berliner Ensembles waren nicht nur Ausgangspunkt für einen bedeutenden Kulturtransfer im Bereich des Theaters von Ost nach West – eine Seltenheit im Zeitalter des Kalten Krieges –, sondern auch Grundlage für die Kulturbeziehungen zwischen beiden Staaten in den kommenden Jahrzehnten. Während die französische Politik die Entwicklung von kulturellem Austausch mit der DDR bis zur zweiten Berlin-Krise, obschon in einem sehr engen Rahmen, duldete, versuchte sie im selben Zeitraum die Handelsbeziehungen zu befördern, um zumindest auf diesem Wege über Kontakte zum zweiten deutschen Staat zu verfügen. Nach einem Jahrzehnt, in dem das französische Deutschlandbild ganz entscheidend von der Debatte über die Wiederbewaffnung geprägt worden war, wuchs gegen Ende der 1950er Jahre in Frankreich nicht nur das Bedürfnis nach Versöhnung mit dem deutschen Nachbarn, sondern auch das Interesse am Deutschland jenseits des Eisernen Vorhangs. Diese Entwicklung spiegelte sich sowohl in der Gründung einer Freundschaftsgesellschaft 1958 als auch in dem 1959 einsetzenden „parlamentarischen Tourismus“ in die DDR. Dabei gilt nicht nur für diesen Bereich der Beziehungen, dass nicht das Angebot seitens der DDR, in diesem Fall die Einladungen an französische Parlamentarier, sondern die Nachfrage auf französischer Seite, hier die Annahme entsprechender Einladungen, den Umfang und das Tempo der Beziehungen bestimmt haben.

Die Zuspitzung der zweiten Berlin-Krise seit 1960, die Verschärfung der Spannungen zwischen den Westalliierten und der Sowjetunion sowie schließlich der Bau der Berliner Mauer 1961 stellten eine in vielfältiger Hinsicht einschneidende Zäsur in den Beziehungen zwischen Frankreich und der DDR dar. Die Auswirkungen dieser Ereignisse waren hingegen je nach Bereich sehr unterschiedlich: So fanden die Beziehungen auf kultureller Ebene bereits 1960 mit der Neuregelung der TTD-Vergabe für Ostdeutsche und der verschärften Kontrolle von Reisen französischer Wissenschaftler in die DDR ein jähes Ende. Die Anzahl von Reisen französischer Parlamentarier in die DDR verringerte sich zwar merklich, vollständig konnte der *Quai d'Orsay* den parlamentarischen Tourismus aber nicht zum Erliegen bringen. Die Handelsbeziehungen profitierten sogar von der internatio-

nen Krise – französische Stahlexporte führten 1960/61 zu einer Verdoppelung des globalen Handelsvolumens. Wenn die Wirtschaftsbeziehungen nach 1961 dennoch zurückgingen, so lagen dem vor allem strukturelle Defizite zugrunde; Sanktionsmaßnahmen wurden nicht ergriffen. Die vielleicht wichtigste Auswirkung hatten die Ereignisse vom August 1961 jedoch auf die Wahrnehmung der DDR. Der zweite Staat auf deutschem Boden wurde in Frankreich nun sehr viel deutlicher als ein eigenständiges, geografisch-politisch von der Bundesrepublik verschiedenes Staatsgebilde wahrgenommen. Es mag paradox klingen, aber genau dieser Wandel in der Wahrnehmung war eine entscheidende Grundvoraussetzung für das verstärkte Engagement zugunsten von Beziehungen mit der DDR im kommenden Jahrzehnt.

Das Ummünzen von Interesse an bestimmten Aspekten des kulturellen oder gesellschaftlichen Lebens in der DDR in konkretes Engagement für Beziehungen mit diesem Staat war in den 1960er Jahren die Aufgabe der *Échanges franco-allemands*. Diese in einem linksintellektuellen Umfeld entstandene Gesellschaft füllte nicht nur das seit 1960 bestehende Vakuum im kulturellen Austausch, sondern koordinierte auch die Beziehungen auf parlamentarischer Ebene und wurde damit binnen weniger Jahre zu einem Hauptakteur in den französisch-ostdeutschen Beziehungen. Besonderen Auftrieb erhielten die Beziehungen in beiden Bereichen 1963, dem Jahr, in dem die von Charles de Gaulle und Konrad Adenauer betriebene deutsch-französische Versöhnungsarbeit durch den Élysée-Vertrag besiegelt wurde. Die um seine Ratifizierung entstandenen Querelen in den deutsch-französischen Beziehungen mündeten in einer Neuausrichtung der französischen Außenpolitik hinsichtlich des „deutschen Problems“ im Besonderen und der Ost-West-Beziehungen im Allgemeinen. Konträr zur deutschlandpolitischen Grundhaltung der französischen Regierung und dennoch ganz im Zeichen dieser neuen französischen Ost- und Entspannungspolitik stand die zweite Welle von Reisen französischer Parlamentarier in die DDR (1963/64–1966). Qualitativ und quantitativ höherwertig als drei Jahre zuvor, schlugen sich diese Aktivitäten nun auch in der Arbeit des Parlaments nieder: 1964 wurde die DDR auf diesem Wege erstmals zu einem zentralen Sitzungsthema des Auswärtigen Ausschusses der französischen Nationalversammlung. Die Aufmerksamkeit, die derartige Aktivitäten in Bonn weckten, reduzierte jedoch gleichzeitig den Handlungsspielraum der französischen Regierung bei der Normalisierung ihrer Beziehungen zur DDR in anderen Bereichen erheblich. Erst 1966, als die französisch-sowjetischen Beziehungen mit der Moskau-Reise von Charles de Gaulle bereits einen Höhepunkt erreicht hatten, wurden erste Auswirkungen der französischen Ost- und Entspannungspolitik auch im Umgang mit der DDR spürbar: Dazu zählte das Gastspiel des Deutschen Theaters in Paris ebenso wie die Aufhebung der Kontingentierung bei einem Großteil der für den Import vorgesehenen ostdeutschen Produkte. Waren die Kontakte zur DDR in Frankreich in den 1950er Jahren eindeutig in den Kontext der deutsch-französischen Beziehungen eingeordnet worden, so wurden sie nun verstärkt auch im Kontext der französisch-sowjetischen Beziehungen wahrgenommen. Aus der Perspektive der französischen Außenpolitik befand sich die DDR damit quasi an der Schnittstelle zwischen den französisch-westdeutschen und den französisch-sowjetischen Beziehungen.

Wie auf kultureller Ebene waren es in den 1960er Jahren auch auf wirtschaftlicher Ebene vor allem private Akteure, die sich für eine Normalisierung der Beziehungen einsetzten. Das französische Wirtschaftsministerium unterstützte die Beteiligung der französischen Industrie auf der Leipziger Messe nur auf indirektem Wege, nachdem eine französische Initiative, die auf einen Boykott aller NATO-Mitglieder zielte, gescheitert war. Aufgrund der zunehmenden Konkurrenz der Westeuropäer auf dem ostdeutschen respektive dem osteuropäischen Markt, zu dem die Leipziger Messe das Tor war, und weil die Hallstein-Doktrin allmählich an Bedeutung verlor, war Frankreich in den kommenden Jahren zu weiteren Konzessionen in den Handels- und Wirtschaftsbeziehungen mit der DDR bereit. Das wohl deutlichste Signal in diesem Bereich war der Verkauf der SECAM-Technologie an die DDR gegen den Willen der Bundesregierung. Frankreich wollte der Bundesrepublik damit zu verstehen geben, dass die Normalisierung der Beziehungen zur DDR nicht allein eine innerdeutsche Angelegenheit sei und vor allem, dass es an der Zeit wäre, in Sachen Ostpolitik neue Wege zu beschreiten. Das entscheidende Gespräch in dieser Angelegenheit zwischen dem französischen und dem bundesdeutschen Außenminister fand nur einen Monat nach dem Einmarsch der Truppen des Warschauer Paktes in Prag statt.

Zwar waren an der Niederschlagung des Prager Frühlings im August 1968 fast keine ostdeutschen Soldaten beteiligt, die lautstarke Zustimmung der DDR-Führung und die Truppenbewegungen an der Grenze zur Tschechoslowakei sollten der Öffentlichkeit in Ost und West jedoch einen anderen Eindruck vermitteln. Die Auswirkungen auf die Wahrnehmung der DDR in Frankreich waren von einschneidendem Charakter. Eine auf relativer Unkenntnis basierende und deshalb in linken Kreisen weitestgehend unkritische Sicht auf die DDR hatte bis dahin die Projektion eines uneingeschränkt positiven Deutschlandbildes sowie utopischer Sozialismusvorstellungen auf dieses „andere Deutschland“ ermöglicht. Genau hierauf gründete aber nicht selten das Interesse an der DDR sowie am Ausbau der bilateralen Beziehungen von französischer Seite. Diese Grundlage ging nun verloren und machte aus den Ereignissen die wohl tiefstgreifende Zäsur im französisch-ostdeutschen Verhältnis. Jegliches auf positivem Interesse an der DDR basierende Engagement für diese Beziehungen war nachhaltig gestört. Um die durch den Utopieverlust ausgelöste Krise zu überwinden, entschlossen sich die Leitungsgremien der *Échanges franco-allemands*, die Arbeit der Gesellschaft stärker auf das Ziel der Anerkennung der DDR auszurichten. Eine Entscheidung, die die Gesellschaft einige Jahre später, nämlich nach Erreichen des Ziels, vor erhebliche Orientierungsschwierigkeiten stellen sollte. An der Krise von 1968 scheiterte schließlich auch der erste Anlauf zur Gründung einer Freundschaftsgesellschaft in der französischen Nationalversammlung.

Ungeachtet dieser Krise auf privatgesellschaftlicher Ebene erfuhr die Normalisierung der Beziehungen auf kultureller und wirtschaftlicher Ebene in den kommenden zwei, drei Jahren jedoch einen bedeutenden Schub. Bereits im Sommer 1969 wurden erste Zugeständnisse auf kultureller Ebene gemacht. Aber erst die Neuausrichtung der bundesdeutschen Außenpolitik unter Willy Brandt im Herbst desselben Jahres verlieh Frankreich den nötigen Spielraum für eine umfassende Normalisierung seiner Beziehungen zur DDR. Dies machte sich zunächst auf

wirtschaftlicher Ebene bemerkbar. Die französische Industrie hatte sich im Laufe der 1960er Jahre mit Beharrlichkeit eine komfortable Ausgangsposition für Handel und wirtschaftliche Kooperation mit der DDR erarbeitet: Auf der Leipziger Messe war Frankreich auch ohne einen offiziellen Stand zum zweiten westlichen Aussteller nach der Bundesrepublik avanciert. Dementsprechend wuchs gegen Ende der 1960er Jahre kontinuierlich der Druck auf die französische Regierung, die für einen Ausbau der Beziehungen notwendigen politischen Rahmenbedingungen zu schaffen. Aber erst die Regierungswechsel in Bonn und Paris erlaubten eine qualitative Veränderung. Binnen kürzester Zeit wurden Ende 1969 beziehungsweise Anfang 1970 die Eröffnung eines Büros der französischen Industrie in Ost-Berlin genehmigt, ein Handelsabkommen über fünf Jahre unterzeichnet und die Laufzeit für Kredite über das im EWG-Rahmen bisher Übliche verlängert. Frankreich hatte damit seine Position als bedeutendster westlicher Handelspartner der DDR ausgebaut (wenn man vom innerdeutschen Handel absieht). Die DDR verpflichtete sich im Gegenzug, Industriegüter für zwei Milliarden FF zu importieren – mehr als die Summe aller Importe seit 1950. Auch auf kulturellem Gebiet wurden nun zahlreiche Projekte genehmigt, die bislang an den politischen Verhältnissen gescheitert waren. Um den Ausbau von Städtepartnerschaften nicht länger zu behindern, wurden zudem Reiseerleichterungen beschlossen. Bereits 1971 konnte der französische Außenminister vor dem Auswärtigen Ausschuss der Nationalversammlung konstatieren, dass Frankreich die „patrie de Brecht“ anerkannt habe. Um die Kulturbeziehungen mit der DDR auch ohne eine offizielle Ebene weiter ausbauen zu können, war man im *Quai d'Orsay* nun sogar bereit, mit den *Échanges franco-allemands* zusammenzuarbeiten, jener Gesellschaft also, deren Aktivitäten man im vorangegangenen Jahrzehnt nach Kräften zu verhindern gesucht hatte. Die EFA erlebten gerade zu Beginn der 1970er Jahre eine breite Zustimmung für ihr Engagement: An einer Unterschriftenkampagne für die diplomatische Anerkennung beteiligten sich 250 000 Franzosen, und an den von ihr initiierten parlamentarischen Freundschaftsgesellschaften nahmen zur selben Zeit 130 Abgeordnete und Senatoren teil. Vor allem mit den Aktivitäten auf parlamentarischer Ebene gelang es den EFA, an entscheidender Stelle allgemeines Interesse für die DDR in konkretes Engagement für Beziehungen mit dem zweiten deutschen Staat umzuwandeln. In den kommenden Jahren wurde die derart institutionell gefestigte parlamentarische Diplomatie zu einem gefragten Partner der französischen Diplomatie. Das gesamte folgende Jahrzehnt über bot diese Ebene dem *Quai d'Orsay* unter Umgehung einer offiziellen Ebene zahlreiche Möglichkeiten zur Kontaktaufnahme mit der DDR.

Zu Beginn der 1970er Jahre hatte Frankreich die Beziehungen in praktischer Hinsicht somit kontinuierlich ausgebaut. Der Rhythmus der Normalisierung war vor allem an die Entspannungspolitik der Bundesrepublik gebunden. Nach erfolgreichen Verhandlungen in Moskau und Warschau stellte die Ratifizierung der dort ausgehandelten Verträge die Bundesregierung indes innenpolitisch vor große Herausforderungen. Wenn Frankreich mit Blick auf die Umsetzung der Brandtschen Ostpolitik die Normalisierung seiner Beziehungen mit der DDR zeitweilig nicht weiter verfolgte, so ist dies nicht als Ausdruck eines Kräfteverhältnisses zu verstehen, bei dem die Bundesrepublik den Ton angab. Vielmehr hatte Frankreich

ein großes Interesse am Gelingen der westdeutschen Ostpolitik: Die Regierung Brandt mit Initiativen im Bereich der französisch-ostdeutschen Beziehungen vor der eigenen Opposition zu diskreditieren und sie damit zu behindern, hätte bedeutet, eigenen deutschland- und europapolitischen Interessen zu widersprechen. Erst nach dem Inkrafttreten der Ostverträge und des Vier-Mächte-Abkommens konnten weitere Schritte auf dem Weg der Normalisierung gegangen werden. So wurde das Büro der französischen Industrie in Ost-Berlin ab Herbst 1972 allmonatlich für zehn Tage zur offiziellen Handelskammer. Zur selben Zeit intensivierte der *Quai d'Orsay* die Vorbereitungen für die Aufnahme offizieller Beziehungen zur DDR. Dass man für die in Ost-Berlin zu eröffnende Botschaft von Beginn an eine im Verhältnis zu ihrer Größe besonders umfangreiche Wirtschaftsabteilung sowie die Ernennung eines Kulturattachés einplante, zeugt von der Absicht der französischen Diplomatie, die Beziehungen zur DDR in den Dienst der französischen KSZE-Politik zu stellen und die Beziehungen auf politischer Ebene möglichst klein zu halten. Mit der Ernennung eines Kulturattachés unterschieden sich die Aktivitäten der französischen Diplomatie in der DDR nach 1973 zudem deutlich von denen ihrer westlichen Partner.

Während in der Bundesrepublik noch um die Ratifizierung der Ostverträge gerungen wurde, begannen nicht nur in Paris die Vorbereitungen für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der DDR. Dabei wurde ein multilateraler Verhandlungsmarathon auf den unterschiedlichsten Ebenen in Gang gesetzt, der vor allem dazu diente, die Rechte der West-Alliierten in Berlin zu sichern und damit auch ihre Verantwortung für die Zukunft Deutschlands zu wahren. Eine der wichtigsten Etappen auf diesem Weg war die Unterzeichnung einer gemeinsamen Erklärung der vier Alliierten am 9. November 1972 über die Aufnahme beider deutscher Staaten in die Vereinten Nationen. Im Nachhinein wurde dies vom *Quai d'Orsay* sogar als eigentlicher Akt der Anerkennung der DDR durch die Französische Republik deklariert. Als im Herbst 1972 auch ein Erfolg bei den Verhandlungen zwischen den beiden deutschen Staaten über den Grundlagenvertrag allmählich absehbar wurde, gestalteten sich die Vorbereitungen für die Eröffnung einer französischen Botschaft in Ost-Berlin zusehends konkreter. Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen beiden Staaten am 9. Februar 1973 war Teil eines multilateralen Entspannungsprozesses und lag nur sehr bedingt im französischen Interesse. Zwar war Frankreich an einer Intensivierung der Beziehungen im Dienste einer allgemeinen Annäherung zwischen Ost und West in Europa gelegen, gleichzeitig musste es aber auch – schon aus eigenem Interesse – seiner Verantwortung für die Zukunft Deutschlands insgesamt gerecht werden. Dieses Dilemma zwischen Normalisierungsbestrebungen und Grundüberzeugung stellte die französische Außenpolitik nach 1973 vor besonders große Herausforderungen. Bestes Beispiel sind die Verhandlungen über ein bilaterales Konsularabkommen mit der DDR, die sich über nahezu sieben Jahre hinstreckten. Erst dank eines in Washington ausgearbeiteten Formelkompromisses konnte Frankreich sich des Versuchs der DDR erwehren, über die völkerrechtliche Anerkennung der ostdeutschen Staatsbürgerschaft auch die deutsche Teilung festzuschreiben.

Der Übergang von inoffiziellen zu offiziellen Beziehungen zwischen Frankreich und der DDR vollzog sich nur sehr allmählich. In allen Bereichen bediente sich

die französische Diplomatie seit Beginn der 1970er Jahre nicht staatlicher Akteure, um die Beziehungen auf offizieller Ebene vorzubereiten. Während der Übergang im wirtschaftlichen Bereich relativ reibungslos verlief und die bestehenden Institutionen ihre Arbeit unter den neuen Vorzeichen nahtlos fortsetzen konnten, war dieser Prozess im kulturellen Bereich äußerst langwierig. Die Dominanz der *Échanges franco-allemands/France-RDA* in diesem Bereich war derart ausgeprägt, dass es fast ein Jahrzehnt dauerte, bis der *Quai d'Orsay* die vollständige Kontrolle über die Kulturbeziehungen mit der DDR erlangt hatte. Besonders wichtig waren die „inoffiziellen“ Akteure auf der politischen Ebene, weshalb der parlamentarischen Diplomatie vor und nach 1973 eine große Bedeutung zukam. Dies zeigte sich unter anderem am Stellenwert der Reise des französischen Parlamentspräsidenten Edgar Faure in die DDR noch vor dem Austausch von Botschaftern zwischen beiden Staaten. Bis weit in die 1980er Jahre hinein dienten parlamentarische Kontakte häufig als Ersatz für offizielle Kontakte auf Regierungsebene. Paradoxerweise lässt sich insgesamt feststellen, dass sich in allen Bereichen mit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen kaum etwas änderte. Diese verblüffende Stagnation in den französisch-ostdeutschen Beziehungen hatte verschiedene Gründe: So war das Normalisierungspotenzial der Beziehungen bereits zu Beginn der 1970er Jahre gewissermaßen erschöpft worden; auch machte sich bemerkbar, dass das Interesse für die DDR als das „andere Deutschland“ seit 1968 schwand; und schließlich waren die von beiden Seiten mit diesen Beziehungen verbundenen Konzeptionen nur schwer miteinander vereinbar. Besonders deutlich wurden die Interessengegensätze zwischen Frankreich und der DDR am Verhältnis von Beziehungen auf kultureller sowie auf politischer Ebene: Während Frankreich sehr viel Wert auf den Abschluss eines Kulturabkommens und die Eröffnung von Kulturzentren legte, war die DDR vor allem an politischen Kontakten auf höchster Ebene interessiert. Empfund die DDR die französischen Interessen als Einmischung in innere Angelegenheiten und als Bedrohung, so bewertete Frankreich die ostdeutschen Absichten als unvereinbar mit seiner deutschlandpolitischen Grundüberzeugung.

Ende der 1970er Jahre war die Zeit des privatgesellschaftlich dominierten Engagements in den verschiedenen Bereichen der Beziehungen im Wesentlichen beendet. Sie erlangten nun zunehmend eine Form, die immer stärker jenen bilateralen Beziehungen entsprach, wie sie Frankreich zu anderen osteuropäischen Staaten unterhielt. Den Auftakt für diese die 1980er Jahre kennzeichnende Entwicklung bildete die Reise von Jean François-Poncet in die DDR im Juli 1979. Lange war diese Reise eines französischen Außenministers nach Ost-Berlin im *Quai d'Orsay* vorbereitet worden, wozu sogar die Reise des französischen Staatspräsidenten Valéry Giscard d'Estaing im selben Jahr nach West-Berlin zählte. Die erste Reise eines Außenministers der drei Westalliierten nach Ost-Berlin sollte nicht den geringsten Zweifel an der französischen Grundhaltung gegenüber der DDR und Deutschland insgesamt aufkommen lassen. Es ist diese bereits von Charles de Gaulle 1959 definierte und bei allen Kontakten mit der ostdeutschen Regierung kontinuierlich vertretene Grundhaltung, die bis zum Ende der 1980er Jahre eine vollständige Normalisierung der Beziehungen verhindert hat. Auf die Reise von François-Poncet folgte in den Jahren 1980/81 die Unterzeichnung einer

ganzen Reihe von bilateralen Abkommen. Dieser Aufschwung in den französisch-ostdeutschen Beziehungen stand nur scheinbar im Widerspruch zur Rückkehr in den Kalten Krieg, die sich seit Mitte der 1970er Jahre vollzogen hatte.

Die Intensivierung der Beziehungen zur DDR zu Beginn der 1980er Jahre war im Einzelnen das Ergebnis langwieriger und zäher Verhandlungen, könnte aber auch als eine Antwort Frankreichs auf den wieder an Bedeutung gewinnenden Bilateralismus in den Ost-West-Beziehungen verstanden werden und als ein Versuch, in ostpolitischer Hinsicht einen gewissen Führungsanspruch geltend zu machen. Auf kultureller Ebene hatte Frankreich sich mit seinen Vorstellungen gegenüber der DDR weitestgehend durchsetzen können, die Eröffnung von Kulturzentren in Ost-Berlin und Paris markierten den besonderen Stellenwert der Kulturbeziehungen. Der mit den Gastspielen des Berliner Ensembles in Paris in den 1950er Jahren ausgelöste Kulturtransfer im Bereich des Theaters fand einen Nachhall bis zum Ende der DDR und darüber hinaus etwa im Wirken verschiedener von Brecht und Felsenstein geprägter Regisseure aus der DDR auf französischen Bühnen. Wie auf kultureller Ebene konnte Frankreich auch auf wirtschaftlicher Ebene zu Beginn des Jahrzehnts die Früchte seiner Hartnäckigkeit ernten. Neue Abkommen und Verträge zogen eine signifikante Steigerung des Handelsvolumens nach sich. Mit Blick auf die sehr viel umfangreicheren innerdeutschen Handelsbeziehungen konnte die für Frankreich bis 1989 defizitäre Handelsbilanz dem Streben der französischen Industrie nach einer besseren Nutzung des vermeintlich vielversprechenden Potenzials des ostdeutschen Marktes jedoch nichts anhaben. Hier befanden sich die französisch-ostdeutschen Beziehungen an der Schnittstelle zwischen europäischem Integrationsprozess und Kaltem Krieg: Dem Streben nach einer Beseitigung der Sonderstellung des innerdeutschen Handels innerhalb der Europäischen Gemeinschaft aus wirtschaftlichen Interessen stand das politische Interesse an einer Überwindung der deutschen Teilung gegenüber. Die Reise von François-Poncet war schließlich auch Ausgangspunkt für eine Intensivierung der Kontakte auf politischer Ebene, als deren Höhepunkte die Reisen von Laurent Fabius als Regierungschef 1985 und schließlich von François Mitterrand als Staatschef im Dezember 1989 angesehen werden können. Im Vergleich dazu verlor die parlamentarische Diplomatie allmählich an Bedeutung. Gegenüber früheren Jahrzehnten sorgten die zahlreichen Kontakte auf Regierungsebene auch für eine zunehmende Harmonisierung der Beziehungen in den verschiedenen Bereichen. Es stellt sich die Frage, ob sich damit nicht auch ihr Charakter im letzten Jahrzehnt in gewissem Maße verändert hat. Eine Frage, die sich aufgrund der bislang verfügbaren Quellen noch nicht vollständig beantworten lässt.

Mit der Reise von François Mitterrand war der höchste Grad an Normalisierung erreicht. Doch diese Normalisierung täuscht darüber hinweg, dass der Normalisierung seiner Beziehungen zur DDR für Frankreich immer eine feste Grenze gesetzt war. Sinn und Zweck der Reise war es, den in greifbare Nähe gerückten deutschen Einigungsprozess in einen gesamteuropäischen Einigungsprozess einzubetten und zu verhindern, dass der eine den anderen verzögern würde. Die Historiografie hat zwar gezeigt, dass die Fundamente der Nachkriegsordnung nicht erst in Jalta gelegt wurden. Mit der deutschen und der europäischen Einheit in den Jahren von 1989 bis 1992 endete jedoch das, was gemeinhin als „Ordnung von

Jalta“ bezeichnet wird. Es war diese während des Zweiten Weltkrieges entstandene internationale Ordnung, welche den Rahmen für die Beziehungen zwischen Frankreich und der DDR vorgeben, sie zunächst ermöglicht und später sogar notwendig gemacht hatte. Mit ihr verschwanden sie auch wieder.

Am 2. Oktober 1990 wurde die französische Botschaft in Berlin geschlossen und damit die diplomatischen Beziehungen zwischen Frankreich und der DDR nur siebzehn Jahre nach ihrer Aufnahme beendet. Das französische Interesse an der DDR bestand hingegen fort und ist selbst heute noch lebendig. Davon zeugt nicht nur der Fortbestand der *Échanges franco-allemands*, davon zeugen auch unzählige Publikationen und Forschungsarbeiten, die in Frankreich seit 1990 entstanden sind.¹ Das französische Interesse an der DDR entsprang dem ambivalenten Verhältnis Frankreichs zu seinem deutschen Nachbarn, ist historisch gewachsen und daher gewissermaßen konsequent. Dennoch hat es nur in begrenztem Maße etwas mit der DDR als einem realen Gegenstand zu tun. Das französische Interesse an der DDR kennt sehr verschiedene Motive – ihnen zugrunde lag in aller Regel das Interesse an einem „anderen“, eigenen Vorstellungen entsprechenden Deutschland. Dass die DDR vornehmlich von linken Intellektuellen und Künstlern als ein mögliches „anderes Deutschland“ wahrgenommen wurde, lässt sich auf eine selektive Wahrnehmung der DDR sowie auf das besondere Interesse an der ostdeutschen Theater- und Kulturszene, aber auch an alternativen Gesellschaftsmodellen zurückführen. 1968 zerbrach diese Verbindung zwischen dem historischen Konzept des „anderen Deutschlands“ und der DDR im Wesentlichen; in der Folge wandelte sich das Interesse an der DDR und ging langfristig deutlich zurück. Trotzdem wurde die DDR auch in den nachfolgenden beiden Jahrzehnten mit dem „anderen Deutschland“ in Verbindung gebracht. Davon zeugt nicht zuletzt eine mit Unterstützung des französischen Ministeriums für Kultur im Januar 1990 in Paris ausgerichtete Veranstaltung unter dem Titel „L'autre Allemagne hors les murs“, mit der die Arbeiten ostdeutscher Künstler einem breiten französischen Publikum zugänglich gemacht wurden.²

Das Interesse an der DDR ist eine Episode der sich über mehr als ein Jahrhundert erstreckenden französischen Suche nach dem „anderen Deutschland“. Hierin gründet auch der eigentliche Unterschied der französisch-ostdeutschen zu den italienisch-ostdeutschen oder britisch-ostdeutschen Beziehungen. Obschon in einem etwas anderen Sinne, entsprach auch die Reise von François Mitterrand in die DDR dieser Suche. Die Auseinandersetzung mit den Beziehungen Frankreichs zur DDR in einer Perspektive der „longue durée“ lässt die Verbindung zwischen den „forces profondes“ im Verhältnis zum deutschen Nachbarn sowie der historischen Deutschlandwahrnehmung und den mit dieser Reise verbundenen politischen Entscheidungen deutlich zutage treten.

Die Teilung der deutschen Nation wurde in Frankreich spätestens seit den 1950er Jahren als etwas Unnatürliches wahrgenommen, das auf Dauer keinen

¹ Als Querschnitt aktueller französischer Forschungen über die DDR cf. Kott/Droit, Die ostdeutsche Gesellschaft.

² ANF, 5 AG 4, CD 187: Beschreibung des Projekts „L'autre Allemagne hors les murs“, übermittelt von Lang an Hennekinne.

Bestand haben würde. Die Überwindung dieser Teilung musste dementsprechend allein schon aus sicherheitspolitischen Erwägungen immer auch im Interesse Frankreichs liegen. Für die Wiederherstellung der deutschen Einheit hatte Frankreich jedoch ganz eigene Vorstellungen: Um die bis 1989 erfolgreiche europäische Integration der Bundesrepublik nicht zu gefährden, sollte sie in einem europäischen Rahmen verwirklicht werden. Dahinter stand die Absicht, den deutschen Nachbarn im Blick haben zu können, eine diffuse Gefährdung auch weiterhin beherrschbar zu machen. Der französische Wunsch, auf die deutsche Einheit Einfluss nehmen zu können, ist hingegen noch sehr viel älter. Bereits Elme Caro hatte 1870 genaue Vorstellungen, wie eine deutsche Einheit im Sinne Frankreichs auszusehen habe.³ In der deutschen Einheit sah er ebenso wie in der Rückkehr zum Deutschland der Aufklärung die Voraussetzungen für eine dauerhafte Versöhnung zwischen Frankreich und Deutschland.

Am 2. Oktober 1990 endete im Westteil Berlins mit der Verabschiedung der westalliierten Stadtkommandanten gleichzeitig auch der Besatzungsstatus. Die hartnäckige Verteidigung des alliierten Berlin-Status in den vorangegangenen Jahrzehnten, nicht zuletzt gegenüber der DDR, hatte Frankreich 45 Jahre nach Kriegsende in die Lage versetzt, sich, indem es an der Gestaltung eines neuen, „anderen Deutschlands“ mitwirken konnte, einen alten Traum zu erfüllen.

³ Caro, *La morale de la guerre*, S. 594: „Gardons ce que nous pourrions préserver de cette noble et libérale sympathie qui devrait survivre entre les esprits cultivés des deux races, les deux grandes ouvrières de la civilisation moderne, et préparer le jour de leur réconciliation dans la justice et dans la paix. Cette réconciliation je ne l'estime durable qu'à deux conditions: la première, c'est que l'Allemagne revienne aux nobles leçons d'Emmanuel Kant et désavoue à tout jamais celles qu'elle a reçues de M. de Bismarck. La seconde condition, c'est que l'unité, qui est, je le reconnais, dans la destinée de la race germanique et que nous ne devons ni entraver ni troubler, se fasse par l'esprit allemand, non pas par l'esprit prussien. [...] Avec l'unité allemande, la paix perpétuelle pourrait n'être pas un vain rêve. Avec l'unité prussienne, je crains qu'elle ne soit qu'une sanglante chimère.“